

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Adlig, Bernsdorf, Adsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Reudorf, Ortmannsdorf, Röllchen, St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niedermüssen, Rabschnappel und Zirkheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr 143.

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

63. Jahrgang. Dienstag, den 24. Juni

Haupt-Anzeigensorgan im Amtsgerichtsbezirk

1913

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Abonnementpreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg., Einzelhefte 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Buchauer Straße Nr. 5b, alle Kaiserlichen Postämtern, Postboten, sowie die Ansträger entgegen. Inserate werden die Hauptspalten zu 10, für gewöhnliche Inserate zu 15 Pfg. berechnet. Kleinanzeigen 20 Pfg. — In entlegenen Gegenden kostet die zweifelhafte Stelle 30 Pfg. — Fernsprechnummer 18. — Telegramm-Adresse: „Tageblatt“.

Anschlüsse an das Fernsprechnetz. Die im kommenden Herbst herzustellen werden sollen, sind spätestens bis zum 1. August bei dem zuständigen Post- oder Telegraphenamte (in Dresden bei dem Fernsprechnetzamt im Postamt 51) an der Poststraße — Eingang Ehem. Poststraße Nr. 1 I Treppen — anzumelden.
Ehem. 18. Juni 1913
Kaiserliche Oberpost-Direktion.

Die Stadt-Bibliothek Lichtenstein

ist geöffnet Sonntags von 11—12 Uhr, Mittwochs von 12—1 Uhr.
Katalog 20 Pfg.

Das Wichtigste.

- * Gestern fand die Weihe des Leipziger Luftschiff-Hafens mit der Ankunft des vom Grafen Zeppelin selbst geführten Luftschiffs „Sachsen“ und der „Victoria Luise“ statt. Mit der „Sachsen“ unternahm König Friedrich August, der den Grafen Zeppelin bei seiner Landung begrüßte, einen Rundflug über Leipzig.
- * Das Kaiserpaar ist in Hamburg eingetroffen.
- * Reichstagsabgeordneter August Raben, der den Wahlkreis Dresden-Reustadt seit 1898 vertrat, ist in Dresden, 62 Jahre alt, gestorben.
- * Bei einer Pulverexplosion auf dem Spandauer Güterbahnhof wurde ein Arbeiter getötet und größere Materialschäden angerichtet.
- * In Southend wurde der Versuch gemacht, die Johannis-Kirche, eine der schönsten Kirchen der Stadt, in Brand zu stecken. In Saint Andrews in Schottland ist ein Teil des Marine-Laboratoriums der Universität durch Feuer zerstört worden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es sich um neue Verbrechen der Luftschiffahrt handelt.
- * Mitte der Woche wird die Entscheidung in dem serbisch-bulgarischen Konflikt fallen. Denn die friedlichen Mittel scheinen alle erschöpft und es gibt kaum noch einen anderen Ausweg, als den Appell an die Waffen. In Serbien soll das gesamte Ministerium zurückgetreten sein und ein Ultimatum Bulgariens erwartet werden.
- * Die Spanier haben neue heftige Kämpfe in Marokko zu bestehen gehabt. Angesichts der drohenden Gefahr für die Franzosen hält England eine Kompanie in Gibraltar zur Uebersicht nach Tanger bereit.
- * In Barcelona kam es bei einer Kundgebung gegen den Krieg zu einer Revolver-schießerei zwischen Polizei und Manifestanten, bei der mehrere Personen verwundet und 25 Personen verhaftet wurden.

Die Einigung über den Wehrbeitrag.

Während die große Wehrvorlage den bergenden Forderungen fast schon erreicht hat, sind die Deckungsfragen noch immer in der Schwebe. Die Budgetkommission arbeitet im Schweiße ihres Angesichts an den Steuervorlagen herum, die sie möglichst gleichzeitig mit der Heeresverlängerung unter Dach und Fach bringen will. Eine Partigruppierung, wie man sie in Deutschland selten am Werke sieht, hat in großen Zügen ein Kompromiß vereinbart, aber bei der Einzelberatung gibt es immer wieder kleine Kavarien, und im Volke sieht man den Anstrengungen der Parteiführer mit sehr gemischten Gefühlen zu. Noch weiß man nicht, welches Gesamtbild aus diesen überhasteten Entscheidungen eigentlich herauskommen wird. An Widerspruch aus den Kreisen des Handels und der Industrie, des Haus- und Grundbesitzes fehlt es nicht. Ob die Regierung stark genug sein wird, die bedrohten Interessen dieser Erwerbsstände zu schützen? Es ist doch wohl kaum anzunehmen, daß sie sich Beschlässe, gegen die sie selbst die ernstesten Bedenken hegt und geltend macht, von Zufallsmehrheiten auszuweichen lassen wird.
Als neueste Tat der Beschlußkommission zur Vorberatung der Steuergesetze wird die Beschlußfassung über die Heranziehung des Einkommens zum Wehr-

trag gemeldet. Die so viel bekämpfte Kapitalisierung des Einkommens wurde fallengelassen und durch eine Besteuerung der Einkommen von 3000 aufwärts ersetzt. Die Steuerföge beginnen mit 1 Prozent und steigen nach der Höhe des Einkommens bis 8 Prozent. Abzugsfähig sind 5 Prozent des wehrsteuerpflichtigen Vermögens. Die Steuerföge im einzelnen ist noch nicht festgesetzt, man einigte sich nur dahin, daß die Besteuerung der Einkommen achtzig Millionen Mark bringen soll, und überließ es dem Reichschatzamt, bis heute früh eine entsprechende Skala aufzustellen. Von der Besteuerung des Vermögens nach den Sonnabend-Beschlüssen der Budgetkommission erwartet man einen Ertrag von 875 Millionen, von der Besteuerung der Aktiengesellschaften einen solchen von 40 Millionen.
Ebenso wie bei der Vermögenswachstumssteuer soll auch beim Wehrbeitrag die eidesstaatliche Versicherung bei der Veranlagung und die Bestimmung, daß jemand bei Steuerhinterziehung auch mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bestraft werden kann, beseitigt werden; dafür soll aber künftig auf Publikation des Urteils erkannt werden können.
Mit dem Wehrbeitrag der Vermögenswachstumssteuer will man sich zufrieden geben. Es soll aber in das Besteuerungs-gesetz eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach die Regierung verpflichtet wird, vor Inkrafttreten dieses Gesetzes dem Reichstage eine Vorlage zu machen, durch die die Härten und Unebenheiten der Vermögenswachstumssteuer beseitigt werden; vor allem sollen Bestimmungen getroffen werden, durch die eine Doppelbesteuerung verhindert wird.
So weit die Grundzüge dieser neuesten Verständigung, die der Öffentlichkeit schwerlich mehr zugesagt wird als ihre verschiedenen Vorläufer.

Deutsches Reich.

Dresden. (Sachsen und die Vermögenswachstumssteuer.) Die Verhandlungen zwischen dem sächsischen Finanzminister und der Reichsregierung über die Vermögenswachstumssteuer haben an der ablehnenden Haltung Sachsens dieser Steuer gegenüber nichts geändert, Sachsen bleibt anders lautenden Meldungen entgegen auf seinem bisherigen Standpunkt.
Berlin. (Die „unentwegten“ Wäfen.) In einer Sonderausgabe der „Deutschen Volkszeitung“ gibt das Direktorium der Wäfenpartei bekannt, daß durch den Eid des Prinzen Ernst August als preussischer Offizier kein Verzicht auf Hannover ausgesprochen sei und daß daher die alte Sachlage nach wie vor unverändert weiter bestehe.
— (Das Urteil im Spionageprozeß.) Vom Reichsgericht wurde der jugendliche Eisenbahnarbeiter Adolf Bösch wegen verübten Verrates militärischer Geheimnisse an Rußland zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, zusätzlich der noch zu verbüßenden Gefängnisstrafe von einer Woche, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.
— (Ein Triumph des Zentrums.) Das bayerische Kultusministerium hat die Genehmigung zur Wiedereröffnung von acht Franziskanerkonventen in Nürnberg erteilt. Diese Genehmigung ist um so auffälliger, als die städtischen Behörden der zu drei Bistümern evangelischen Stadt Nürnberg abgelehnt hatten, die Genehmigung zur Wiedereröffnung der Franziskaner ihrerseits zu geben.
— (Ernstes Bedenken.) werden gegen die Lieferung von Zeppelin-Luftschiffen an die österreichisch-ungarische Verwaltung laut. Militärische Kreise weisen darauf

hin, daß bei aller Herzlichkeit des Bündnisverhältnisses eine Waffengemeinschaft dieser Art zu Gefahren führen kann. Daß ein österreichischer Zeppelin sich einmal verliert, auf russischem Boden landet und von den Russen noch eingehender studiert wird, als der deutsche Zeppelin bei Lunenburg von den Franzosen, liegt durchaus nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit. Die Gefahr des Verrats des Konstruktionsgeheimnisses wächst gleichfalls, je mehr Personen mit demselben vertraut sind. Auch politisch ist es nur wünschenswert, daß Deutschland eine gewisse Ueberlegenheit auf dem Gebiete der militärischen Rüstung, also auch der Luftschiffahrt, behält.
— (Eine gestörte Jubiläumsfeier in Frankreich.) Am Abend des Kaiserjubiläums versammelten sich die an der Universität Grenoble studierenden Deutschen im Festsaal eines Cafés. Sie hatten die Fenster geöffnet, so daß ihre Gesänge auf den Straßen gehört wurden. Vor dem Lokale begann sich eine große Anzahl Neugieriger zu versammeln, worauf sich die Polizei ins Mittel legte, den Studenten das Singen verboten und das Publikum zerstreute. — Grenoble hat sich bisher die größte Mühe gegeben, deutsche Studenten an ihre Universität zu ziehen, und die Universitätsbehörden haben auch in gefährlichen Zeiten eine verständige Haltung angenommen. Nach dem jetzigen Vorgang dürfte es, wie die „Tägl. Rundschau“ meint, für unsere Studenten doch besser sein, auch diese Universität zu meiden.

Schreckentaten

Bremen. Von den bei der Bluttat in der katholischen Marienschule schwer verletzten Kindern ist inzwischen ein weiteres feines Verletzungen erlitten, so daß also bisher vier von den verletzten Mädchen gestorben sind. Das Befinden des Lehrers Wöllmann gibt immer noch zu schweren Besorgnissen Anlaß. Er dürfte kaum mit dem Leben davontkommen. Ebenso ist das Befinden der übrigen schwerverletzten Kinder sehr ernst. Nach einer Mitteilung der Kriminalpolizei hat der Wahnsinnige im ganzen Bismarck in die Kinderstube hineingehauen.
Nach einer Meldung von anderer Seite soll der Mörder jetzt einen völlig stumpfsinnigen Eindruck machen. Er gibt keine Antworten und nur, wenn man ihm das Wort „Jesus“ zuruft, springt er erregt auf. Ein unmittelbarer Anlaß zur Tat scheint ein Brief seiner Schwägerin gegeben zu haben, in dem ihm diese Mitteilungen macht von einer schweren Erkrankung des Vaters. Diesen Brief hat der Mörder mit dem Vermerk versehen: „Das haben die Jesuiten getan.“ Die Eltern wollten ihn schon vor einiger Zeit in ein Sanatorium bringen, er soll ihnen aber entschlüpft sein.
Ein furchtbarer Mordfall.
Am Gouvernement Poltawa (Rußland) auf dem Gute Kapustino, warb der Gutbesitzer 81 Arbeiterinnen für Feldarbeiten an. Ueber die unwillkommene weibliche Konkurrenz empört, verbarbarierten die Burshen des Ortes die Zäune, in der die Mädchen schliefen, und zündeten sie an. **Alle 80 Mädchen kamen, wie dem „Berl. Tgl.“ gemeldet wird, in den Flammen um.** Die Anführer zu der furchtbaren Tat wurden verhaftet.

Fluten
langen
ter fol-
den.
imwei-
de voll
Licht-
on weit
ben zu
all die
in dem
waren.
mehr
und die
werden

Streben
halten-
mehr
ist und
ist die
brunne-
berichtet
Hilf-
ler Art.
hemden
Hilf-
Wärze
für jede
in großen
Bewer-
warum

in Aus-
de vor
waren-
doch der
selben
bedacht.
Kantens
händ-
den mit
brachte
nd ge-
wurde.
Raub-
zufrie-
t. Bei
Klischen
ohnst es
schmad
Kantens
den, vom
Klischen
händ-
den dat,
it einer

König-
8
Aufwand
dem
wurde
ng ent-
neuen
auspiel-
Kantens
ne.

Ein-
en-
Am
ser
zur

90

10